

Die Macht um Acht: Tagesschau im totalen Propaganda-Modus gegen China

13.06.2020 • 08:45 Uhr

<https://de.rt.com/27te>

Quelle: www.globallookpress.com

Die Tagesschau im anti-chinesischen Propagandamodus?

Die China-Berichterstattung der ARD und insbesondere des Flaggschiffs Tagesschau strotzt vor feindseliger Arroganz und hat rassistische und antikommunistische Anklänge. Die Tagesschau verkommt damit immer mehr zu einem Instrument der Indoktrination und plumpen Propaganda gegen Peking.

von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Die Tagesschau ist ein äußerst wirksames Instrument der Indoktrination. USA-, NATO- und EU-affin, obendrein obszön regierungsfremd, bildet sie deren Politik nur kritik- und distanzlos ab. Für die gewöhnliche Meinungsmache reicht das auch. Bei der Berichterstattung über die Volksrepublik China gibt es aber oft noch ein Extra: Die Redaktion beschallt ihre bis zu elf Millionen deutschsprachigen Kunden mit aggressiven Nebentönen. Die Arroganz dahinter wirkt wie inspiriert von der "Hunnenrede" Kaiser Wilhelms II. (1900):

Pardon wird nicht gegeben ..., daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!

Respekt und Sympathien für das fernöstliche Milliardenvolk, Deutschlands wichtigsten Handelspartner, werden gezielt verödet. Demnächst finden in Hongkong Regionalwahlen statt; wir dürfen uns auf ein *Tagesschau*-Festival der antikommunistischen und chinafeindlichen Propaganda gefasst machen.

[Mehr lesen:Kritik- und faktenfrei: Wie ARD und Heiko Maas gemeinsam die Meinungsbildung manipulieren](#)

Hongkong ist seit Beginn der "Regenschirm-Protteste" wieder beliebtes Thema in den Medien der "westlichen Wertegemeinschaft": Klagen über Einflussnahmen der Regierung in Beijing auf ihr Sonderverwaltungsgebiet Hongkong prägen seit Monaten die Berichterstattung. Reichlich parteiisch sind auch die Filmreportagen

über Zusammenstöße gewalttätiger "Demonstranten" mit den Ordnungskräften. Die Randalierer haben allerdings schon mal Flughafenhallen, U-Bahnstationen und zahllose Nahverkehrsanlagen verwüstet und blockieren immer wieder wichtige Transportwege. Die Polizei setzt im Gegenzug Tränengas ein und versucht, die Rädelführer zu fassen. Zeitweise wirkt Hongkong wie ein Schlachtfeld.

Die Folge: Die Produktivität sank rapide, die Umsätze im Einzelhandel brachen ein, die Tourismuswirtschaft schrumpfte, Messen fielen aus – all dies schon lange vor der COVID-19-Pandemie. Effekt: Das [Bruttoinlandsprodukt](#) sank 2019 um 4,82 Prozent. Der [Warenexport](#) ging um 4,1 Prozent zurück, der stärkste Abtrag seit der Welt-Finanzkrise 2008/2009.

Der Zusammenhang zwischen dem Bedeutungsverlust der Insel als internationaler Handelsplatz und den gewaltsamen Umtrieben der vom Westen [teilfinanzierten](#) und [fallweise angeleiteten](#) "Regenschirm-Revolutionäre" wird in unseren Fernsehnachrichten jedoch großzügig ignoriert. Stattdessen erlauben sich *Tagesschau & Co.*, was bei vergleichbaren Gewaltexzessen in Deutschland – siehe Berichterstattung über die Begleiterscheinungen des G-20-Gipfels in Hamburg – absolut undenkbar wäre: lebhaft [beifällige Töne](#) über die ferngesteuerten Urheber der Straßenschlachten unter ihren ach so friedlichen Regenschirmen.

Die Propagandamethode ist bekannt: Mache aus aggressiven Randalierern demokratiesuchende Opponenten; bezeichne das Einschreiten der Sicherheitskräfte als ungerechtfertigte Gewaltanwendung von Staatsbütteln. Der Ruf unserer Politiker und regierungsfremden Journalisten nach "mehr Demokratie" und "Wahrung der Menschenrechte" ist eine sich selbst rechtfertigende Form von Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Unsere Gralshüter der Freiheit gehen dabei allerdings [nie so weit](#), die wirtschaftlichen Interessen ihres Geldadels zu gefährden.

Zum Repertoire antichinesischer Agitation gehören unangemessene öffentliche Kritik, schulmeisterliche Belehrungen und Zurechtweisungen. Beim Adressaten bewirken sie bestenfalls gar nichts. Sie nützen aber seiner legitimen – und erst recht der illegitimen – innerstaatlichen Opposition. [Vom Ausland unterstützte](#) chinesische Dissidenten, die aus Sicht der regierenden Kommunisten die Stabilität des Landes gefährden, werden in der westlichen Berichterstattung hofiert. Kommt es in China zu Kundgebungen gegen die Regierung (wie bei den Unruhen in Tibet vor der Olympiade 2008) oder bekämpft sie interne dschihadistische Gefahren (in Xinjiang), dann ergreift Deutschland reflexartig Partei gegen Beijing.

Wie das vonstatten geht, hat erstaunlicherweise die den Grünen als Inkassostelle für Staatsknete dienende Heinrich-Böll-Stiftung (!) kritisch untersucht und schon

anno 2010 in einer [Studie](#) über 3.000 Berichte in deutschen Mainstreammedien (inkl. *Tagesschau*) dargelegt. Auszüge:

Bei der Analyse aller identifizierten Beiträge zu China (werden) in einer Vielzahl von Medienbeiträgen (...) bestimmte offensichtlich gesellschaftlich inhärente Vorstellungen und Klischees über das Land unreflektiert kolportiert. Dabei prägen normativ abwertende Bilder von China (...) den Diskurs, Insgesamt lässt sich hier (...) von einer fortlaufenden Verbreitung existierender Stereotypen durch die Medien sprechen. (...) Es besteht die Gefahr einer Verfestigung dieser zumeist extrem versimplifizierten und verkürzten Klischees in der deutschen Öffentlichkeit durch die Menge an Beiträgen, die diese Eindrücke verbreiten.

[Mehr lesen: Die Vertuscher der Macht um Acht: Tarnanstrich für niederträchtige bundesdeutsche Außenpolitik](#)

Die Verfasser rieten an, von einem "denunzierenden Bild der chinesischen Gesellschaft" abzusehen und sich zu "mehr Respekt in der Berichterstattung über den Anderen durchzuringen". Das heiße nicht, dass chinesische Positionen von Kritik ausgenommen werden sollten.

Der Soziologe Jörg Kronauer, Autor des Blogs *German Foreign Policy*, resümierte: "Kritik ist etwas anderes als Denunziation. Jahre nach der Veröffentlichung der Studie muss man, wie die Lektüre der einschlägigen Medien zeigt, allerdings konstatieren: Ihre Empfehlungen sind zwar gut gewesen, gefruchtet aber haben sie nicht." (Jörg Kronauer, *Der Rivale*, *Konkret* Texte 76, 2019 S. 260)

In den aktuellen internationalen Kampagnen gegen China geht es um zwei Themen: die Umtriebe in Hongkong und die angebliche "[Schuld](#)" Beijings am Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Letztere sei "mutmaßlich" auf Fehler eines Hochsicherheits-Biolabors in Wuhan in der Provinz Hubei zurückzuführen. Was dazu zu sagen ist, hat die [chinesische Botschaft](#) in Berlin dem Chefredakteur der *BILD*-Zeitung ins Stammbuch geschrieben.

Den Vorwurf fehlender Objektivität und Sachlichkeit hätte die *Tagesschau* getrost auch auf sich beziehen können. Die *ARD* unterhält zwar in Berlin ein "[Hauptstadtstudio](#)" mit sage und schreibe 75 journalistischen Mitarbeitern. Dass dort jemals der Botschafter der VR China in Deutschland zu Gast gewesen oder von den *ARD*-Leuten in seinem Amtssitz um die Sichtweise seiner Regierung gebeten worden wäre, ist allerdings nicht erinnerlich. Wohl aber, dass sich die *Tagesschau* stets darauf beschränkt, ähnlich wie *BILD* die absurden [Schuldzuweisungen](#) des US-Präsidenten Trump zu [verbreiten](#) – ohne klaren Hinweis auf die Haltlosigkeit der Äußerungen dieses Psychopathen.

Seit Wochen schon führt US-Präsident Donald Trump seine sehr eigene Auseinandersetzung mit der chinesischen Führung über den Ursprung des Corona-Virus. Während Trump dabei auch seine eigenen Motive haben mag, ist er mit der Forderung nach mehr Transparenz nicht alleine. Auch die Bundesregierung schloss sich dieser Position nun an.

Bockmist-Journalismus.

Größere politische Tragweite hat die [Hongkong-Invektive](#): Sie richtet sich gegen den Beschluss des Nationalen Volkskongresses, seinen Ständigen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines "Hongkong-Sicherheitsgesetzes" zu beauftragen. Tenor der diesbezüglichen Berichte: Beijing wolle sich für seine Einmischung in die Selbstverwaltung Hongkongs eine Grundlage außerhalb gültiger internationaler Abkommen verschaffen. Nach den tatsächlichen Motiven und Absichten der chinesischen Regierung wurde jedoch nicht gefragt. Ignoriert wurde zudem das Vertragsfundament, auf dem das neue Gesetz ruhen wird. Stattdessen dieser Schmäh:

Schon im Vorfeld der Abstimmung verbot (sic!) sich die kommunistische Führung jegliche Einmischung.

Das beabsichtigte Gesetz soll Beijings Staatsorganen die Strafverfolgung von Terrorismus, Subversion und Separatismus sowie von Aktivitäten ausländischer Streitkräfte ermöglichen, falls die sich in Hongkong einmischen. Der westliche Kampagnenjournalismus übergang in seinen Meldungen, dass das Gesetz auf Übertretungen und [politische Verbrechen](#) abzielt, die auch nach deutschem Strafrecht und in aller Welt ganz selbstverständlich verfolgt und geahndet werden: Hochverrat, Landesverrat, Landfriedensbruch, Bildung einer terroristischen Vereinigung, Nötigung von Verfassungsorganen, Hasskriminalität, Volksverhetzung etc.

Man sollte meinen, ein *ARD*-Korrespondent in der Volksrepublik China sei in der Lage und willens, das sachlich zu reportieren. Doch Steffen Wurzel, für *ARD* und *Deutschlandfunk* tätiger Hörfunkjournalist, konnte schon sechs Tage vor dem Beschluss des Nationalen Volkskongresses in Beijing sein [antichinesisches Wasserle](#) nicht mehr halten:

Hongkong-Sicherheitsgesetz zeigt Charakter der Führung in China

urteilte er und ließ das deutschsprachige Publikum wissen, wie böse doch diese chinesischen Kommunisten schon bisher waren, immer noch sind und auch in Zukunft sein werden. Nun denn, sein Audiobeitrag war als Kommentar ausgewiesen; wir haben Meinungsfreiheit, und deshalb durfte auch der Wurzel die Wurzeln seines Denkens bloßlegen. Es erübrigt sich, hier zu untersuchen, inwieweit er mit seinen abfälligen und gehässigen Sprüchen die Grenze zur verbotenen Hetze überschritt.

Zwei Wochen später publizierte *ARD-aktuell* einen [Wurzel-Beitrag](#) auf *tagesschau.de*, der allerdings zumindest partiell als Agitprop einzuordnen ist:

Sie (gemeint sind Demonstranten) protestierten auch gegen das von Chinas Führung geplante "Sicherheitsgesetz" für Hongkong, mit dem die Autonomie der Stadt nach Ansicht der meisten Verfassungsrechtler außerhalb Chinas weiter ausgehöhlt wird.

[Mehr lesen: Hongkong und Minneapolis: Verfall und Ohnmacht des Westens](#)

"Die meisten Verfassungsrechtler außerhalb Chinas": Liebe Tagesschauer, wenigstens zwei oder drei Namen aus den Abertausenden internationalen Verfassungsrechtlern, konkrete Angaben nebst Kompetenz und Quelle hätten hier schon geschmückt. Wir nehmen allerdings an, dass Wurzels Bewertung gar nicht von namhaften Verfassungsrechtlern stammt, sondern auf dem eigenen Mist gewachsen ist. Ein sehr gebräuchliches journalistisches Mätzchen: eine bloße Behauptung einfach als Gutachten anonymer Experten ausgeben und ihr damit unverdientes Gewicht verleihen.

Bemerkenswert, dass die Redaktion von *ARD-aktuell* ihm das durchgehen ließ. Immerhin stellte sie seine schräge Behauptung zumindest indirekt richtig. Sie zitiert in einem durchaus lesenswerten [Artikel](#) einen Hongkonger "Aktivisten" namens Joseph Cheng im Wortlaut:

Für viele andere Mitglieder des prodemokratischen Lagers in Hongkong ist die Sache klar: Chinas Vorhaben sei eine Serie von Maßnahmen, die das Ende des Prinzips "ein Land, zwei Systeme" einläuten sollen. Aber, sagt Cheng: "**Wir müssen zugeben, dass dies legal ist.**"

Fürs simple Nachlesen im Vertrag über die Autonomie Hongkongs nach dem Wechsel aus britischer Kolonialherrschaft in chinesische Eigenverwaltung und für eine darauf Bezug nehmende, konsistente Berichterstattung reicht es bei *ARD-aktuell* eben einfach nicht. [The Basic Law](#) heißt das fragliche bei den Vereinten Nationen hinterlegte Dokument, ausgefertigt im Jahr 1997. Die entscheidende Passage:

Für den Fall, dass der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses beschließt, dass aufgrund von Unruhen in der Sonderverwaltungsregion Hongkong, die die nationale Einheit oder Sicherheit gefährden und außerhalb der Kontrolle der Regierung der Region liegen, (...) kann die zentrale Volksregierung eine Anordnung erlassen, die die einschlägigen nationalen Gesetze in der Region anwendet.

Die selbstzerstörerischen Krawalle in Hongkong, von außen geschürt in der Absicht, Beijing zu schaden und einen Umsturz herbeizuführen, sind nun mal Fakt. Die Antwort des Nationalen Volkskongresses, Beijing zum Eingreifen in Hongkong zu bevollmächtigen, falls die Behörden der Insel mit den dortigen Rechtsbrüchen nicht selbst fertig werden, ist vertrags- und rechtskonform, auch aus internationaler Sicht. Das jedoch verschweigt die *Tagesschau*. Sie bevorzugt die antichinesische Meinungsmache.

Journalistische Wachsamkeit ist immer und überall geboten, auch gegenüber China, keine Frage. Aber einerseits gewalttätige Rowdies und ihre kriminellen Umtriebe (Brandstiftung und schwere Körperverletzung inbegriffen) als "politische Opposition" und "Demokratiebewegung" zu beweihräuchern und andererseits die legitimen Gegenreaktionen der zuständigen Regierung hysterisch als freiheitsverletzend anzuprangern, obwohl Beijing eben erst einen Gesetzentwurf anvisiert, das ist mehr als unredlich.

[Mehr lesen: Neue Weltmacht China – Die Auferstehung der Lehren von Konfuzius – Teil 1](#)

Weit mehr journalistische Aufmerksamkeit müsste der Möglichkeit gelten, dass Beijing den Hongkong-Vertrag mit Großbritannien suspendiert. Denn Premier Boris Johnson [hat angekündigt](#), rund drei Millionen Bürger Hongkongs als "Auslandsbriten" anzuerkennen und sie mit entsprechenden Pässen samt Einreiseerlaubnis nach Großbritannien auszustatten, inklusive die Option, die volle Staatsbürgerschaft in der neuen Heimat zu erwerben. Wenn er das wahr macht, wäre jeder zwanzigste Brite ethnischer Chinese.

Die Gefahr liegt nahe, dass die Verantwortlichen in Beijing Johnsons Publicity-Vorstoß als Vertragsbruch betrachten und die [Autonomie Hongkongs](#) schon jetzt beenden, obwohl das vertraglich eigentlich erst vom Jahr 2047 an passieren darf. Bis dahin ist Hongkong zwar formal ein Teil der Volksrepublik China, kann sich aber nach dem Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" weitestgehend selbst verwalten.

Statt eine zwar kritische, jedoch um Objektivität bemühte Berichterstattung zu organisieren, pflegt *ARD-aktuell* ein sehr spezielles [Verständnis](#) vom Rundfunkstaatsvertrag, der im Paragraph 11 klipp und klar vorschreibt:

... die Sendungen sollen (...) der Verständigung unter den Völkern dienen und auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken.

Das hält *ARD-aktuell* nicht davon ab, verächtlich und desinformativ über Beijing herzuziehen. Neben dem Shanghai-Korrespondenten Wurzel glänzt auch die *ARD*-Beijing-Korrespondentin Tamara Anthony mit der [Verbreitung](#) gehässiger Stereotype und unsachlicher Unterstellungen:

China strotzt nach der Corona-Pandemie vor Selbstbewusstsein (...) die Antwort der EU auf bisherige Übergriffe von China: Viele Worte, keine Taten. (...) Der EU-China-Gipfel im September findet unter deutscher Ratspräsidentschaft statt. Dort wird sich zeigen, ob Deutschland klare Kante zeigt. (...) Langfristig kann der Westen kein Interesse haben an einer Weltordnung chinesischer Prägung.

[Kaiser Willem Zwo](#) lässt grüßen. Die *Tagesschau* ignoriert übrigens wie auch weite Teile des Berliner Regierungs- und Parlamentsbetriebes eine seit 20 Jahren gültige "[Deutsch-Chinesische Vereinbarung zum Austausch und der Zusammenarbeit im Rechtsbereich](#)". Darin haben sich beide Staaten bereit erklärt, "durch den gegenseitigen Austausch die nützlichen Erfahrungen der anderen Seite zu studieren und sich diese zu Nutzen zu machen".

Wer solche Verträge abschließt, handelt unanständig, wenn er danach immer noch lautstark an die Öffentlichkeit geht und den Partner diskreditiert, ohne ihn vorher zu kontaktieren. In diesem Sinne unentschuldig sind auch die unsachlichen und fallweise dummdreisten [Redebeiträge](#) in der Bundestagsdebatte (!) über den Beschluss des chinesischen Nationalen Volkskongresses.

Stefan Liebich, Die Linke:

Wir sollten als Bundestag reagieren. Man darf erwarten, dass die Bundesregierung auf die Einhaltung völkerrechtlich bindender Verträge drängt. Da sollten wirtschaftliche Interessen Angela Merkel und Heiko Maas nicht verstummen lassen.

Worauf will er denn hinaus, dieser "Oppositions"politiker der Linkspartei? Er mault rum, wenn der Heiko ausnahmsweise mal die Klappe hält? Reicht es denn nicht, dass Maas sich eben erst zu den Gewaltexzessen in den USA ausließ? Sein [Zwei-Satz-Kommentar](#), unnachahmlich in Inhalt, Stil und Prägnanz:

Covid-19 bedroht nicht nur Leben, Gesundheit und Wohlstand, gerade der Schwächsten. Das Virus nährt (sic!) auch Rassismus und Antisemitismus weltweit.

Und trotzdem verlangt Liebich von dieser Type noch was über Hongkong?

[Mehr lesen: Neue Weltmacht China – Die Auferstehung der Lehren von Konfuzius – Teil 2](#)

Wir hoffen doch ohnedies schon, dass bald ein kombinierter Impfstoff gegen Corona, Rassismus, Antisemitismus und versuchte Volksverblödung auf den Markt kommt. Vor ministeriellen, parlamentarischen und journalistischen Dummschwätzern wird er uns allerdings auch nicht schützen. Gegen die ist bekanntlich kein Kraut gewachsen.

RT Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Das Autoren-Team:

Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des *NDR*, zeitweise Vorsitzender des *NDR*-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des *NDR*, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für *N3*. Danach Lehrauftrag an der Fu-Jen-Universität in Taipeh.

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung, nichtkommerzielle Zwecke der Veröffentlichung vorausgesetzt. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die "mediale Massenverblödung" (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein "Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V." dokumentiert: <https://publikumskonferenz.de/blog>